



OFFENER BRIEF ZU ROADMAP TO 1325



Vertreterinnen von 26 Organisationen haben gemeinsam während der Konferenz "Roadmap to 1325" einen Brief erarbeitet, der sich an Bundeskanzlerin Angela Merkel wendet, die zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Der Brief ging auch an die EU-Kommission und den EU-Rat sowie an eine Reihe von Einzelpersonen aus anderen Einrichtungen. Mehr als 150 Teilnehmende der Konferenz haben den Brief unterzeichnet, in dem sie die Umsetzung der Resolution 1325 fordern und unter anderem ihre Sorge um die Situation im Sudan und dem Kosovo ausdrücken.

Offener Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Dt. EU-Ratspräsidentschaft
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
11012 Berlin

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Gitti Hentschel
Gunda-Werner-Institut
Deutscher Frauensicherheitsrat

Betr: Roadmap to 1325 – Ein Weg für die europäische Sicherheitspolitik Ergebnisse der Konferenz vom 04.-06.05.2007 in Berlin

Sehr geehrte Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel,

wir, die 150 TeilnehmerInnen der Konferenz „Roadmap to 1325 - Gender in der EU-Friedens- und Sicherheitspolitik“, vom 4. bis 6. Mai 2007 in Berlin, wenden uns heute mit einem dringenden Anliegen an Sie als deutsche Bundeskanzlerin und als gegenwärtige EU-Ratspräsidentschaft.

Wir sind FriedensaktivistInnen und SicherheitsexpertInnen aus 25 Ländern, unter anderem aus den Krisenregionen Sudan (Darfur), Serbien, Kosovo, Afghanistan und Nahost. Auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung und des Deutschen Frauensicherheitsrates haben wir uns über Eckpunkte der „Roadmap to 1325“ verständigt. Wie Sie wissen, fordert die völkerrechtlich verbindliche Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates vom Oktober 2000 die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen, den Schutz vor sexualisierter Gewalt und die Verhütung von Konflikten. Als TeilnehmerInnen der Konferenz und RepräsentantInnen der beteiligten Organisationen haben wir einen symbolischen Staffellauf durch die EU-Länder begonnen. Durch regelmäßige Konferenzen und andere Aktivitäten in den EU-Mitgliedsländern werden wir dafür Sorge tragen, dass unseren Forderungen auch auf diese Weise Nachdruck verliehen und UN-Resolution 1325 umgesetzt wird.

Derzeit ist die Lage vor allem im sudanesischen Darfur besorgniserregend.

- Wir fordern Sie dringend auf, alles zu tun, um die extremen Menschenrechtsverletzungen und sexualisierten Gewaltakte, wie Massenvergewaltigungen in Darfur zu stoppen.
- Wir unterstützen nachhaltig die Forderung von Lotte Leicht, Direktorin der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch in Brüssel, wonach die EU – auch ohne klares Votum des in dieser Frage handlungsunfähigen UN-Sicherheitsrates – gezielte wirtschaftliche Sanktionen gegen Regierungsmitglieder und Profiteure der Vertreibungspolitik verhängen sollte – zum Beispiel durch Einfrierung ihrer Geldkonten und Boykott ihrer Firmen im Ausland.
- Außerdem sollte Druck auf die sudanesisische Regierung ausgeübt werden, dass sie mindestens 10 Prozent ihrer Öleinnahmen in einen Entschädigungsfonds der überwiegend weiblichen Opfer einzahlt.
- Wir unterstützen die Forderung von Safaa Adam, eine der „1000 Friedensfrauen für den Friedensnobelpreis 2005“ und Konferenzrednerin, wonach die Frauen von Darfur, die ein hohes Maß an Konfliktregulierungs-Expertise mitbringen, in die Friedensverhandlungen einzubeziehen sind, um diese nachhaltig zu verankern.

Auch die Lage im Kosovo und in Serbien scheint einer Zuspitzung entgegenzugehen. Das „Kosova Women´s Network“, ein Zusammenschluss von 85 Frauenorganisationen, ist eine der wenigen Organisationen, die im Kosovo über die ethnischen Grenzen hinweg arbeiten; dennoch sind diese Frauen in der Vergangenheit immer wieder aus den politischen Prozessen und Friedensverhandlungen ausgeschlossen worden.

- Wir möchten Sie nachdrücklich auffordern, dafür Sorge zu tragen, dass UN-Resolution 1325 umgesetzt und das Kosova Women´s Network schon in die Planungsphase der neuen EU-Mission einbezogen wird, indem Sie eine Delegation der kosovarischen Frauen nach Brüssel einladen.
- Wir sorgen uns um die Meinungsfreiheit und körperliche Unversehrtheit serbischer Friedensaktivistinnen, die ihre Stimme gegen die Schaffung „ethnisch reiner“ Gebiete und eine Abspaltung des serbisch besiedelten Nordens nach einer möglichen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo erheben. Wir fordern Sie dringend auf, alles Erdenkliche für ihren Schutz zu tun.

Auf unserer Berliner Konferenz, an der sich dankenswerter Weise für das Auswärtige Amt der Beauftragte für Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, Herr Däuble, beteiligt hat, haben wir eine europaweite Bilanz der Umsetzung von UN-Resolution 1325 gezogen, die jedoch nach wie vor in den Anfängen steckt. Nur fünf europäische Länder – Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz – haben bisher diesbezüglich Nationale Aktionspläne erlassen; die Erstellung eines EU-weiten Aktionsplanes steht ebenfalls noch aus.

- Wir möchten Sie auffordern, sich aktiv an der Entwicklung eines solchen Aktionsplans zu beteiligen.
- Konfliktprävention und ziviles Krisenmanagement sollten absolute Priorität vor jedem militärischen Einsatz genießen und finanziell wesentlich stärker als bisher gefördert werden. Rüstungsausgaben sind zugunsten der zivilen Konfliktbearbeitung umzuschichten.
- Frauen sind laut UN-Resolution 1325 an allen Friedensverhandlungen zu beteiligen, im Kosovo, im Sudan ebenso wie in jedem anderen Konflikt- und Post-Konfliktgebiet.

Gender ist ein zentrales Element in der Dynamik bewaffneter Konflikte. Die Ideologien von Nationalisten oder Fundamentalisten, zum Beispiel der Taliban, basieren fast immer auf der Entrechtung und Unterdrückung des weiblichen Geschlechts. Frauen, die diesen

Ideologien Widerstand entgegensetzen, sind die natürlichen Bündnispartnerinnen aller Kräfte, die sich für Frieden und Sicherheit einsetzen. Im Sinne der UN-Resolution 1325 und in Anknüpfung an die positiven Erfahrungen mit der „Gender-Beraterin“ in der EUFOR R.D. Congo -Mission fordern wir daher:

- die Einrichtung eines High Gender Officer auf höchster EU-Entscheidungsebene
- die Institutionalisierung von Gender Advisors und Gender Focal Points für jede EU-Mission bereits vor der Planungsphase
- gendersensible Leitfäden, die auf die spezifische Situation des Einsatzlandes ausgerichtet sind
- Gender-Trainings für alle Einsatzkräfte
- die systematische Einbeziehung von lokalen Frauengruppen, die Konsultierung der Zivilgesellschaft und ihrer frauen- und friedenspolitischen ExpertInnen bei jeder Mission durch regelmäßige Treffen und Kooperationen.

Die Umsetzung der UN-Resolution 1325 ist ein lang dauernder politischer Prozess, der ohne die verbindliche Einbeziehung der Zivilgesellschaft, von NGO´s und Frauengruppen nicht möglich ist. Diese Zusammenarbeit könnte in Form von Runden Tischen oder Koordinationsgremien erfolgen. Jährliche Wirkungsanalysen des Erreichten sind dabei unerlässlich.

Die UN-Resolution 1325 muss EU-weit und in den einzelnen Mitgliedsstaaten stärker bekannt gemacht werden - insbesondere auch unter den Männern und bei den Entscheidungsträgern im Bereich Außen-, Verteidigungs- und Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Wir schlagen Kampagnen vor, die von männlichen 1325-Botschaftern mitgetragen werden. Um die genannten, konkreten Vorschläge realisieren zu können, fordern wir einen eigenen Haushaltstitel im Bundes- wie im EU-Haushalt mit ausreichender finanzieller Ausstattung.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und hoffen auf eine Zusammenarbeit mit Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Gitti Hentschel

Geschäftsführerin Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung
Steuerungsgruppe Frauensicherheitsrat

Vertreterinnen folgender Organisationen haben an der Aufstellung der Forderungen in der Konferenz mitgearbeitet:

- Deutscher Frauensicherheitsrat
- Gunda Werner Institut (vormals Feministisches Institut) der Heinrich-Böll-Stiftung
- WOMNET, Germany
- 1000 Friedensfrauen weltweit/1000 Peacewomen Across the World
- Kosova Women´s Network
- WILPF – Women´s International League for Peace and Freedom
- EPLO – European Peacebuilding Liaison Office
- GAPS – Gender Action for Peace and Security, Great Britain
- International Alert
- Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces
- Human Rights Watch
- Amnesty International
- medica mondiale

- Operation 1325, Sweden
- OWEN-Frauennetzwerk
- Peace Brigades International
- Platform Women and Sustainable Peace, Netherlands
- KOFF/Swisspeace, Switzerland
- UNIFEM
- European Feminist Initiative
- Gender Task Force, Croatia and Slovenia
- Bonn International Center for Conversion, Germany
- Women´s Network for Peace, Germany
- Isha I´Isha, Israel
- Kvinna till Kvinna Foundation, Sweden
- Fokus, Norway

Verteiler für den Offenen Brief:

- Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
- Bundesminister des Auswärtigen Amts, Dr. Frank-Walter Steinmeier
- Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen
- Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung
- Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieceorek-Zeul
- Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler
- Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt
- Auswärtiger Ausschuss des Bundestages, Vorsitzender Ruprecht Polenz
- Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag, Vorsitzende Dr. Hertha Däubler-Gmelin
- Verteidigungsausschuss des Bundestages, Vorsitzende Ulrike Merten
- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundestag, Vorsitzende Kerstin Giese
- Wehrbeauftragter des Bundestags, Reinhold Robbe
- Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, Günter Nooke
- Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtsfragen, Dr. Almut Wittling-Vogel
- Operation Commander für die EUFOR-Operation in der Demokratischen Republik Kongo, Generalleutnant Karlheinz Viereck
- Deutsches Institut für Menschenrechte, Dr. Heiner Bielefeldt
- Generalsekretärin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Dr. Beate Wagner
- Generalsekretärin von amnesty international Deutschland, Barbara Lochbihler
- Generalsekretär des Rats der Europäischen Union and Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana
- Persönliche Beauftragte des Generalsekretärs und Hohen Vertreters Solana für Menschenrechte in der GASP, Dr. Riina Kionka
- Persönlicher Beauftragter des Generalsekretärs und Hohen Vertreters Solana für parlamentarische Angelegenheiten in der GASP, Michael Matthiessen
- Sonderbeauftragter der EU für den Sudan, Torben Brylle
- Sonderbeauftragter der EU für die afrikanische Große Seen-Region, Roeland van de Geer
- EU Military Committee (EUMC), Vorsitzender General Henri Bentégeat
- Political and Security Committee (PSC)
- Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, Vorsitzender Jacek Saryusz-Wolski
- Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament, Vorsitzender Dr. Karl von Wogau
- Unterausschuss für Menschenrechte im Europäischen Parlament, Vorsitzende Hélène Flautre
- Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament, Vorsitzende Anna Záborská
- Stellvertretende UN-Generalsekretärin für Friedenseinsätze, Jane Holl Lute
- UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour